



Wahied Wahdat-Hagh (Autor)
Der iranisch-islamistische Totalitarismus
Eine Dokumentation von Medienanalysen und
Übersetzungen aus der persischen Sprache



<https://cuvillier.de/de/shop/publications/7897>

Copyright:
Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentzsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen,
Germany
Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: <https://cuvillier.de>



1. Totalitäre Ideologie und Legitimation

Der hier verfolgte Ansatz der Analyse ist ein normativer. Der Kulturrelativismus wird abgelehnt. Es wird davon ausgegangen, dass ein Gros der iranischen Gesellschaft seit 150 Jahren sowohl kulturell als auch politisch einen Wandel der Gesellschaft und des Staates anstrebt. Die Demonstrationen nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl¹ von Juni 2009 haben zweierlei gezeigt: Die iranische Geschichte endet nicht mit dem totalitären Anspruch der iranischen Islamisten, dass das politische System der absoluten Herrschaft des Klerus das Ende der Geschichte und gar ein Modell für die politischen Systeme der Welt ist. Auch wenn die Machthaber des Iran immer wieder zugeben, dass sie die Ideale der islamistischen Utopie noch nicht realisiert haben, muss festgehalten werden, dass die islamistische Utopie selbst eine totalitäre Ideologie² ist.

Es wird davon ausgegangen, dass im Rahmen der Verfassung der „Islamischen Republik Iran“ eine Demokratisierung des Iran nicht möglich ist. Zudem werden neue Kriterien für den neuen Totalitarismus definiert, die deutlich machen unter welcher diktatorischen Herrschaft die iranische Gesellschaft leidet.

Religiös sich legitimierender Totalitarismus

Folgende Elemente sind für den sich religiös legitimierenden Totalitarismus charakteristisch:

Führerprinzip; islamistische Ideologie und Propaganda; totalitäre Organe wie Wächterrat, nationaler Sicherheitsrat, Geheimdienst, Revolutionsgardisten und Bassiji; Massenbewegung und Massenmobilisierung; (k)ein Parteiensystem; Geheimpolizei und Terror nach innen und nach außen; der Terror nach außen wird im Namen des islamischen Revolutionsexports und der Schaffung der islamischen „Nation“ („Ummat“) geführt; Antisemitismus im Sinne eines eliminatorischen Antizionismus; Anti-Bahaismus; geschlechtsspezifische Verfolgung von Frauen; Zerschlagung der unabhängigen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften.

Totalitäre Ideologie und Legitimation

Geschichtsfälschung gehört zu den Merkmalen der totalitären Geschichtspolitik. Die Legitimation der Staatsideologie soll durch Geschichtsklitterung und Uminterpretation der religiösen Lehren hergestellt werden. Einer der Grundwidersprüche der „Islamischen Republik Iran“ ist der Widerspruch zwischen der iranisch-nationalistischen und der religiösen Idee. Das Konzept des „Velayate Faqih“, der absoluten Herrschaft des Klerus, stellt einen Bruch mit der islamischen Geschichte dar. Zudem werden historische Überlieferungen und die kollektive Erinnerung der

¹ Wahdat-Hagh, Wahied, Scheitern des Chomeinismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 49/2009, 30. November 2009, S.17

² Wahdat-Hagh, Wahied, Der islamistische Totalitarismus, Über Antisemitismus, Anti-Bahaismus, Christenverfolgung und geschlechtsspezifische Apartheid in der „Islamischen Republik Iran“, Berlin 2012, S.35



Iraner immer wieder negiert. Indem beispielsweise die nationale Identität der Iraner, die sich auch auf die Geschichte der alten Dynastien bezieht, geleugnet wird. Gleichzeitig werden ideologische Mythen aus der Geschichte willkürlich idealisiert. Der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei forderte Ende August 2011 die Regierung Ahmadinejad auf sich in ihrer politischen Argumentationsweise mehr auf den Iran nach der Islamisierung des Iran durch arabische Eroberungen ab etwa 630 (n.Chr.) zu konzentrieren und nicht etwa auf den Iran vor dem Islam. Dies zeigte auf eklatante Weise in welcher ideologischer Zwickmühle das „Mutterland des Islamismus“, so wie sich die herrschende Doktrin versteht, befindet. Gleichzeitig zeigt dies wie der Islam erneut als Legitimationsfaktor für die Macht des Führers instrumentalisiert wird.

Eine totalitäre Diktatur kann man an ihren geschichtspolitischen Charakteristika erkennen.³ Ayatollah Khomeini vollzog einen Bruch mit der islamischen und der iranischen Geschichte, Theologie und Philosophie. Sein Ziel war die Schaffung eines neuen Typs des Muslims. Die khomeinistischen Islamisten fordern, dass die soziale Wirklichkeit durch den Rückgriff auf die anachronistischen islamischen Werte neu konstruiert wird. Die islamistischen Staatsideologen versuchen die iranische Geschichte und das historische Bewusstsein der Iraner zu zerstören. Dies dient der Legitimation der islamistischen Herrschaft.

Folgendes Beispiel macht das Problem sichtbar: Historisch betrachtet gibt es eine tiefe kulturelle Verbundenheit des Judentums mit der iranischen Geschichte. Einer der heiligsten Orte des Judentums befindet sich im Iran. Es handelt sich um die Grabstätte von Esther und Mordechai in Hamedan, die ca. 2500 Jahre alt ist. Juden aus dem Iran und aller Welt unternehmen bis heute Pilgerreisen dorthin. Mordechai war der Onkel von Esther, er deckte der Überlieferung zufolge eine Verschwörung gegen den Schah auf. Haman, ein Minister des Schahs, wollte sich rächen und plante, alle iranischen Juden an einem einzigen Tag töten zu lassen. Als Esther dies erfuhr, unterrichtete sie den Schah, der den Minister verhaften ließ. Seitdem feiern die Juden weltweit das Purim-Fest, das auch als Fest der Freiheit bezeichnet und zeitgleich mit Chaharschanbe Suri, einem persischen Neujahrsfest, gefeiert wird. Man spricht daher von einer gemeinsamen historisch-kulturellen Tradition von Juden und Iranern.

Aber die iranischen Islamisten verdrehen die Geschichte, um ihr eine antisemitische Wendung zu geben. Als Beispiel sei Mahmoud Qassemi genannt, Vorsitzender der paramilitärischen Bassij-Organisation der Provinz Hamedan. Auf einer Versammlung der Bassij-Studenten, die den „Kampf gegen den Zionismus“ propagierte, änderte er die Darstellung, obwohl laut Koran auch das Alte Testament ein heiliges Buch ist. Qassemi sagte, dass Esther eine „verdorbene Frau“ gewesen sei und Mordechai den Tod von 75.000 Iranern zu verantworten habe. Zehn Prozent der iranischen

³ Vgl. Backes, Uwe, Geschichtspolitik als Kernelement der Herrschaftslegitimation autokratischer Systeme, in: Totalitarismus und Demokratie, Göttingen 2009, S.285



Bevölkerung seien auf Befehl von Esther umgebracht worden. Er behauptet ernsthaft, dass ein Holocaust in Hamadan stattgefunden habe, an dem die Juden Schuld trügen. Deswegen solle eine "Holocaust-Tafel" in der Provinz Hamedan angebracht werden. Qassemi unterstellt, dass die Zionisten mit dem Purim-Fest diesen "Holocaust" feiern würden⁴, die Provinz Hamedan als ihren Besitz betrachteten und diese erobern wollten. Das Staatskonzept der „Islamischen Republik Iran“ ist im doppelten Sinne ahistorisch, national und religiös. Ihre Herrschaftsform wird rein ideologisch legitimiert.

Die Staatsideologie der „Islamischen Republik Iran“ ist weder islamisch noch republikanisch. Die khomeinistische Ideologie versteht sich als eine antiwestliche, antiliberaler und antikoloniale Ideologie, die mit einer fundamentalistischen Interpretation des Islam die Wiederherstellung der goldenen Zeit des Islam propagiert. Als Modell für die islamistische Diktatur von heute gilt das Kalifat von Imam Ali. Ihm zufolge ist die islamische Herrschaft gleichzusetzen mit der Herrschaft des göttlichen Gesetzes über die Menschen. Der „Führer“ („Rahbar“) als das totalitäre Oberhaupt der Diktatur ist die zentrale Figur des islamistischen Totalitarismus. Er dient als Stellvertreter Gottes auf Erden der ideologischen Legitimation des Herrschaftsapparates.

Khomeini schrieb in seinem Hauptwerk *Velayate Faqih*, dass die islamische Herrschaft die einzig wahre „Herrschaft des Gesetzes“ sei.⁵ Eine solche Herrschaft gehöre Gott und unterstehe dem Gottesbefehl. Khomeini hatte revolutionäre Ideen und lieferte eine Neuinterpretation des schiitischen Islam. Während der quietistische Klerus auf einen Messias wartete, forderte Khomeini, dass der Kampf gegen die ungerechten Verhältnisse und gegen den Imperialismus begonnen werden müsse, damit der Messias komme. Khomeini forderte den sofortigen Sturz des prowestlichen Schahregimes, eine islamische Herrschaft und die „Herrschaft der Gerechtigkeit“, die auf dem Islam beruhen müsse.⁶

1.1. Der totalitäre Machtanspruch

Heute sind einflussreiche Ayatollahs wie Ayatollah Javadi-Amoli und Ayatollah Mesbah Yazdi dabei eine weitere Dimension der Islamisierung der Universitäten durchzusetzen. Sie sind eingefleischte Khomeinisten. Die heutige Zuspitzung der Lage kann man nur verstehen, wenn man Khomeinis Denken mit kritischem Abstand versteht.

Khomeinis totalitäres Verständnis von Freiheit, das mit einer freiheitlichen Vorstellung einer modernen menschenrechtsorientierten Demokratie nicht zu vereinbaren ist, ist

⁴ Farsnews, 3.12.2010

⁵ Khomeini, *Velayate Faqih*, Teheran 1997, S.34, Siehe auch: Wahdat-Hagh, Wahied, „Die Islamische Republik Iran“, Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus, Berlin 2003, S.200

⁶ Ebenda, S.39f



bis heute nicht verstanden worden. Es lohnt sich ein Zitat von Khomeini ausführlich zu dokumentieren. Diese Sätze, die er am 17. August 1979 sagte, machen die Schärfe seines totalitären Denkens deutlich, Sätze, die für die paramilitärischen Bassij-Generäle auch heute noch richtungsweisend sind: *„Der Fehler, den wir begangen haben, war, dass wir nicht revolutionär gehandelt haben. Wir haben diesen verdorbenen Schichten zu viel Zeit gegeben. Die revolutionäre Regierung, die revolutionäre Armee, die revolutionären Pasdaran haben alle nicht revolutionär gehandelt. Wenn wir von vornherein dieses verdorbene Regime vernichtet, diesen verdorbenen Damm zerstört und revolutionär gehandelt hätten, wenn wir alle verdorbenen Medien verboten hätten und ihre Direktoren verurteilt hätten und alle verdorbenen Parteien verboten hätten und sie zur Rechenschaft gezogen hätten und die Galgen auf großen Plätzen errichtet hätten und die Verdorbenen hingerichtet hätten, hätten wir heute weniger Mühe. Ich entschuldige mich bei Gott, ich entschuldige mich bei unserem lieben Volk. Ich entschuldige mich, dass wir solche Fehler begangen haben. Wir waren kein revolutionäres Volk. Unsere Armee ist nicht revolutionär. Unsere Polizei ist nicht revolutionär. Unsere Pasdaran sind nicht revolutionär. Wenn wir revolutionär wären, würden wir nicht erlauben, dass sie sich überhaupt rühren. Wir hätten alle Parteien verboten. Wir hätten alle Fronten verboten. Es gibt nur eine Partei und das ist die Hisbollah, die Partei der armen Massen. Und ich warne alle verdorbenen Schichten im ganzen Land, dass wenn sie sich nicht richtig verhalten, wir revolutionär handeln werden.“*⁷

Der Khomeinismus ist ein pseudoreligiöser Totalitarismus. Die Khomeinisten erklärten die islamistische Staatsdoktrin zur absoluten Wahrheit. Die totalitäre Interpretation des Islam wird als das einzige gültige Wort Gottes verabsolutiert. Das islamische Gesetz bestimmt demnach das Ende der menschlichen Geschichte. Totalitär ist die khomeinistische Ideologie, weil die demagogisch vermittelte religiöse und weltanschauliche Überzeugung vorherrscht, der Islam sei die wahre Demokratie und daher die "Islamische Republik Iran" das demokratische Modell für alle islamischen Gesellschaften, das den einzig wahren Weg zu Wahrheit und sozialer Gerechtigkeit weise. Khomeinisten sind Antisäkularisten, Antidemokraten, Antikommunisten, Antifeministen, Antisemiten und Feinde der Bahai, sie verachten die westliche Konzeption der Menschenrechte und setzen ihr die Scharia als das Gesetz entgegen, das den Menschen seiner Rechte beraubt.

Der Machtanspruch des Staates und der Wille zur Beherrschung der gesamten Gesellschaft sind totalitär, besonders dann, wenn dieser Wille religiös verbrämt und damit menschlicher Einflussnahme entzogen wird. Die Religionisierung der Politik dient der Legitimation der Herrschaft. Totalitäre Herrscher versuchen, auf der ideologischen Ebene eine gemeinsame Identität mit den Beherrschten herzustellen, sei es mit Folter, Gefängnisstrafe oder der Angst vor Hinrichtung. Sogar die harten Strafen werden kraft der islamischen Strafgesetzgebung legitimiert. Genannt sei das Problem der Steinigung und der willkürlichen Hinrichtungen, die ebenfalls religiös

⁷ Ettelaat, 18.8.1979



verbrämt und dadurch legitimiert werden. Ein solcher Voluntarismus der Macht ist zwar von den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts nicht realisiert worden.

Während die nazistische Ideologie teilweise mit sozialistischem Vokabular arbeitete, versuchen islamistische Ideologen, demokratische und sozialistische Versatzstücke in ihre Dogmatik einzubauen: Die Mostasafin (die Armen) stehen für das Proletariat, Estekbar (Arroganz) steht für den Imperialismus, Rechte der Menschen (im Sinne der Scharia) für Menschenrechte, islamische Gleichberechtigung (patriarchale Rollenverteilung plus Zwangsverschleierung) für Gleichberechtigung, islamische Volksherrschaft (nach dem Modell des ersten islamischen Staatswesens in Medina) für Demokratie, islamische Gerechtigkeit (Korporatismus) für soziale Chancengleichheit. All diese Vorstellungen haben nichts mit der Idee einer demokratischen Zivilgesellschaft und der Menschenrechte zu tun.

Was Islamisten verschiedener Schattierungen zusammenhält, ist der Wille zur Sicherung der Macht der totalitären Diktatur. Wenn aber islamistische Fraktionen (oder Faktionen) dem Revolutionsführer nicht gehorchen, dann werden sie und ihre gesellschaftliche Basis genauso zum Feind erklärt wie die nicht systemimmanenten Rivalen. In diesem Fall können sogar Islamisten, die sich auf Khomeini berufen und diesem zu Lebzeiten gedient haben, zum Feind, zu "Zionisten" und "Imperialisten" erklärt werden. Die Khomeinisten bedienen sich zur Erhaltung ihrer Alleinherrschaft rigider Methoden, wenn es eine Machtverteilung zu verhindern gilt oder um die Sicherung der religiös verbrämten, vermeintlich von Gott gegebenen Macht geht.

Totalitäre Ideologien geben ihren Anhängern eine quasi-religiöse Orientierung, die dem Menschen eine überhöhte Gewissheit geben soll, um ihn am eigenständigen Denken zu hindern. Die Machtorgane sollen das politische System der Diktatur in jeder Hinsicht stabilisieren und ideologisch legitimieren. Dies erfordert eine technologische Modernisierung der Wirtschaft und des Militärs sowie der gesamten staatlichen Strukturen.

1.2. Das politische System

Das islamistische Herrschaftssystem des Iran legitimiert und stabilisiert sich durch eine Reihe von Institutionen, wie den Wächterrat, die Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen, den Obersten Rat der nationalen Sicherheit, den Expertenrat, Justiz, Militär/Geheimdienst und das Majless.

Khomeini war ein charismatischer Führer, während Khamenei auf die militärische Stärkung seiner Machtposition setzt. Die Staatsideologie ist eine Säuberungsideologie: Die Liquidierung aller systemfremden politischen Kräfte kurz nach der Revolution, die langsame Beseitigung der nationalreligiösen Kräfte bis in die 90er Jahre hinein und die Beseitigung der reformislamistischen Kräfte vom Zentrum der Macht seit der zweiten Hälfte der Präsidentschaft von Ahmadinejad, macht eine solche Säuberungsideologie deutlich. Erinnerung sei auch an die islamische Kulturrevolution und Säuberung der Universitäten kurz nach der Revolution und erneut verstärkt unter Präsident Ahmadinejad.



Eine totalitäre Interpretation des Islam und des göttlichen Willens bestimmt seit über 33 Jahren das Handeln der iranischen Machtmonopolisten, die jegliche Volkssouveränität aufgehoben haben.

Im Juni endet die Amtszeit Mahmoud Ahmadinejads als Präsident des Iran. Um seine Nachfolge findet ein innerislamistischer Machtkampf statt. Säkulare oder fortschrittliche Kräfte werden erst gar nicht an der Wahl teilnehmen können.

Die Präsidentschaftswahlen in der Islamischen Republik Iran finden alle vier Jahre statt, am 14. Juni dieses Jahres zum elften Mal. Die Wahlen haben im Iran lediglich kosmetischen Charakter, denn die Bevölkerung darf nur die Kandidaten der verschiedenen islamistischen Gruppierungen wählen, die von der totalitären Institution des Wächterrates zugelassen werden. Dennoch gibt es innerislamistische Machtkämpfe. Diese eskalierten in letzter Zeit derart, dass Ali Khamenei am 16. Februar öffentlich einschreiten musste. Khamenei, als »Revolutionsführer« das Staatsoberhaupt des Iran, verpasste den Kontrahenten jeweils einen Ruffel. So habe Mahmoud Ahmadinejad gegen das religiöse Gesetz verstoßen, als er im Majless, dem islamistischen Pseudoparlament, mit quasi-geheimdienstlichen Methoden Korruptionsvorwürfe gegen Ali Larijanis Bruder erhoben hatte. Larijani ist immerhin Vorsitzender des Majless. Tatsächlich wird es, wie am Dienstag bekannt wurde, zu einem Verfahren gegen Larijanis Bruder kommen – ein Erfolg für Ahmadinejad. Ali Khamenei verurteilte insbesondere die Proteste gegen Larijani, die stattfanden, als dieser bei einer öffentlichen Kundgebung in Qom, der »heiligen Stadt« des schiitischen Klerus, eine Rede halten wollte. Bei den Protestierenden handelte es sich offensichtlich um Anhänger Ahmadinejads, Khamenei forderte daher, man müsse die Kräfte gegen die wahren Gegner richten.

Trotz der Schlichtungsversuche des »Revolutionsführers« bleiben die Konflikte bestehen, weil sie strukturelle gesellschaftliche Ursachen haben. Die islamistischen Fraktionen werden in »Prinzipialisten« oder »Prinzipientreue« und in »Reformislamisten« eingeteilt, die Prinzipialisten wiederum in drei Gruppen.

Die erste prinzipialistische Gruppe besteht aus der »Gesellschaft der Kämpfenden Geistlichkeit« (Jameye Rohaniat Mobarez), der »Gesellschaft der Lehrenden des wissenschaftlichen Kreises in Qom« (Jameye Modaressin Hoseye Elmiye Qom) und der »Front der Anhänger der Linie des Imam und des Führers« (Jebeheye Peyrawane Khate Imam wa Rahbari). Diese Organisationen schlagen zwar nicht immer gemeinsame Kandidaten vor, weil sie sich selten einig sind, konnten sich aber immerhin bei der vorigen Präsidentschaftswahl auf Ahmadinejad einigen. Sie konzentrieren sich auf den Staatsklerus. Die Favoriten dieser Organisationen, die im Iran als »rechte Traditionalisten« bezeichnet werden, für die kommenden Wahlen sind Ali Akbar Velayati, Manouchehr Mottaki und Mostafa Pour-Mohammadi.



Als zweite prinzipialistische Fraktion kann die »Einheit der Förderer des Wandels und der Standhaftigkeit« (Etehade Tahawolkhahwa Paydari) genannt werden. Diese Gruppe gehörte zunächst zu den engen Verbündeten Ahmadinejads, inzwischen will sie jedoch unabhängig agieren. Ayatollah Masbah Yazdi, der zunächst ebenfalls Ahmadinejad unterstützte, gilt als ihr wichtigster Mentor. Masbah Yazdi war einer der Befehlshaber bei der Ermordung von Schriftstellern und Politikern Ende der neunziger Jahre. Die von ihm angeordneten sogenannten Kettenmorde wurden vom iranischen Geheimdienst ausgeführt. Gholam Ali Haddad-Adel (ehemaliger Sprecher des Majless), Saeed Jalili (ehemaliger stellvertretender Außenminister), Kamran Bagheri Lankarani (ehemaliger Gesundheitsminister) und Parviz Fattah (ehemaliger Energieminister) zählen zu den wichtigen Anführern dieser Gruppe. Zu ihrer Basis gehören viele junge Kleriker und Studenten.

Die Politiker, die man zu dieser Fraktion zählen kann, sind oft in verschiedenen Organisationen aktiv. Haddad-Adel, ein fanatischer Feind der religiösen Minderheit der Bahai, ist beispielsweise auch Mitglied der Gruppe »Einheitsfront« unter den Prinzipialisten. Gerne würde ihn die radikal-prinzipialistische Gruppe der »Rahpuyan Enqelabe Eslami« (Die Wegweiser der Islamischen Revolution) für sich gewinnen. Ihr gehört auch der Israelhasser Mehdi Taeb an.

Die dritte prinzipialistische Fraktion bilden die Anhänger der Regierung Ahmadinejads. Seyyed Hassan Mousavi und Ali Akbar Salehi zählen zu ihren Kandidaten. Die »Freigebigen« (Jamate Issargaran) stellen ein Sammelbecken für die Parteigänger Ahmadinejads dar. Aber selbst hier stößt der amtierende Präsident auf immer mehr Widerspruch. Der Kandidat, der von Ahmadinejad favorisiert wird, ist sein enger Freund und ehemaliger Stellvertreter Esfandiar Rahim Machai. Er droht jedoch disqualifiziert zu werden. Der Vorsitzende des Wächterrates, Ayatollah Ahmad Jannati, sagte, falls er selbst vor den Präsidentschaftswahlen sterben sollte, werde noch seine Seele die Wahl von Maschai verhindern. Dafür können einige Minister aus dem Regierungskabinett von Ahmadinejad, etwa der Regierungssprecher Gholam-Hussein Elham und der Außenminister Ali Akbar Salehi, hoffen, vom Wächterrat akzeptiert zu werden.

Auch bei den »Reformislamisten« besteht alles andere als Einigkeit. Diese zweite Hauptgruppe neben den Prinzipialisten wird in Moderate und Radikale eingeteilt. Zu den radikalen Reformislamisten werden Behzad Nabavi und Saeed Hajjarian gezählt. Inzwischen gibt es Stimmen, die meinen, dass sich die beiden von dem politischen System der Islamischen Republik Iran verabschiedet hätten. Ihr Präsidentschaftskandidat könnte Kamal Kharazi werden. Zu den moderaten Reformislamisten zählen diejenigen, die sich von den Protesten gegen die Wahl Ahmadinejads distanziert haben, unter ihnen Seyyed Hassan Khomeini und Majid Ansari. Einigen Berichten zufolge soll Hassan Rohani, ein früherer Atomunterhändler, ihr Präsidentschaftskandidat werden.



Es ist aber noch nicht klar, ob überhaupt ein Kandidat der Reformislamisten vom Wächterratt zugelassen wird. Die großen reformislamistischen Organisationen, wie die »Partizipationsfront« und die »Organisation der Mojahedin der islamischen Revolution«, sind längst verboten. Es ist nicht zu erwarten, dass ein reformislamistischer Präsident gewählt werden könnte.

Eine weitere Gruppierung, die im Machtgefüge des Iran eine Rolle spielt, sind die Wächter der islamischen Revolution (Pasdaran), die sich weder einer prinzipialistischen Gruppe unterordnen noch sich als reformistisch verstehen wollen und sich daher als neutral darstellen. Die politische Führung liegt bei ehemaligen militärischen Kadern der Pasdaran wie Mohammed Bagher Ghalibaf, Ali Larijani und Mohsen Rezaei.

Es gibt natürlich noch viele andere Organisationen mit Einfluss, wie etwa die islamistische Arbeitervereinigung, die sich »Haus der Arbeiter« nennt. Diese islamistische Pseudogewerkschaft steht politisch Hashemi Rafsanjani nahe, einem der reichsten Unternehmer des Iran, und befürwortet die Zerschlagung der unabhängigen Arbeiterbewegung. Die Vereinigung will offenbar Hussein Kamali, der unter den Präsidenten Rafsanjani und Khatami Arbeitsminister war, als Präsidentschaftskandidaten vorschlagen.

Wer am Ende tatsächlich Präsident werden könnte, weiß gegenwärtig niemand im Iran. Es hängt sicherlich auch davon ab, wie die Wahlen manipuliert werden. Auf jeden Fall werden die Revolutionswächter eine wichtige Rolle dabei spielen und die Befehle Khameneis und des Wächterrates ausführen. Über einige Personen wird dennoch derzeit heftig spekuliert: Aus dem Lager der Prinzipialisten soll Saeed Jalili gute Chancen haben. Er ist gegenwärtig Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates. Zudem soll auch Gholam Ali Haddad-Adel gut im Rennen sein. Der Vater seines Schwiegersohnes ist immerhin der »Revolutionsführer« Ali Khamenei. Haddad-Adel hat aber einen entschlossenen Gegner: Ali Larijani.

Interessant ist, dass sich einige Politiker auch quer zu den großen Fraktionen verbünden. Als Beispiel sei das Bündnis »2 plus 1« genannt, das aus Gholam Ali Haddad-Adel, Mohammed Bagher Ghalibaf und Ali Akbar Velayati besteht. Diese wollen jeweils zugunsten eines Mitglieds der Dreiergruppe zurücktreten, so dass wenigstens einer von ihnen Präsident wird. Sie legen aber auch Wert darauf, zu erfahren, ob Ali Khamenei einen von ihnen bevorzugt. Falls der Favorit des Führers bekannt würde, würden die beiden anderen ihren Wahlkampf aufgeben und den von Khamenei Erkorbenen unterstützen. Haddad-Adel hat wegen seiner Verwandtschaft mit dem »Revolutionsführer« gute Karten. Alle drei versprechen sich von dem Deal, dass zwei von ihnen wichtige Posten erhalten, falls einer Präsident wird.

Haddad-Adel kann nicht nur auf Unterstützung von Khamenei hoffen. Er hat sich mit Ahmad Jannati, dem Vorsitzenden des Wächterrates, mit Mohammed Reza Mahdavi Kani, dem Vorsitzenden des Expertenrates, und sogar mit Asgar Oladi, dem



Vorsitzenden der »Front der Anhänger der Linie des Imam und des Führers«, abgesprochen. Sie wollen ihn unterstützen. Doch auch die Chancen von Ali Akbar Velayati sind nicht zu unterschätzen. Er hielt sich aus den Konflikten zwischen Ahmadinejad und Rafsanjani sowie Ahmadinejad und Ali Larijani heraus. Diese Haltung stärkte seine Position in allen Lagern. Und Mohammed Bagher Ghalibaf zählt zu den Politikern, die einen sehr großen medialen Einfluss haben. Die meistgelesene Zeitung in Teheran, Hamschahri, steht ihm sehr nahe. Diese Zeitung greift regelmäßig den größten Rivalen Qalibafs an: den Präsidenten Ahmadinejad.

Auch Ahmadinejads Vorgänger im Präsidentenamt, Mohammed Khatami, könnte sich als Kandidat ins Gespräch bringen. Um Erfolg zu haben, müsste er sich aber vollständig von der Protestbewegung gegen Ahmadinejad distanzieren und vor Unruhen warnen.

Tatsächlich handelt es sich bei allen genannten Gruppierungen um islamistische Fraktionen, die zusammen nur einen kleinen Teil der iranischen Gesellschaft repräsentieren und hauptsächlich die verschiedenen Kräfte innerhalb des islamistischen Establishments repräsentieren. Die iranische Gesellschaft umfasst jedoch auch eine Vielfalt verschiedener linker säkularer Organisationen, säkularer bürgerlich-nationalistischer und republikanischer Kräfte sowie Anhänger einer parlamentarischen Monarchie nach spanischem oder schwedischem Modell. Sie alle werden bei der bevorstehenden Wahl keine Rolle spielen. Mit einer Wahl im demokratischen Sinne hat die am 14. Juni geplante Abstimmung nichts zu tun.

Die Volkssouveränität ist im Iran aufgehoben.

Als das eigentliche Volk gilt die Umma, die islamische Gemeinschaft, die Gott, dem Propheten, den Imamen und dem Revolutionsführer gehorchen muss. Gemäß Artikel 107 der iranischen Verfassung wählt ein Expertenrat den Revolutionsführer, der religiöse Interpretationen und politische Direktiven liefert. Der Expertenrat wählt den Revolutionsführer per Akklamation, d.h. er wird in sein Amt berufen (Entessabi). Ayatollah Amoli ist der Meinung, dass Gott den Expertenrat bei der Wahl des Revolutionsführers lenke. Die rationale Wahl treffe aber der Expertenrat. Für Ayatollah Mesbahe Yasdi, den ideologischen Mentor des Präsidenten Ahmadinejad, geht der Ansatz von Ayatollah Amoli nicht weit genug: »Die Legitimität der Regierung in der Zeit der Abwesenheit des zwölften Imams ist von Gott bestimmt. Die Legitimität wird nicht durch die Wahl der Bevölkerung, sondern durch ein göttliches Urteil definiert. (...) Wahlen haben lediglich die Funktion, den Führer zu entdecken, verleihen ihm jedoch keine Legitimität.«⁸

Die Kleriker des Expertenrates haben also lediglich die Aufgabe, den wahren Auserwählten zu »entdecken«. Diese Lehre geht davon aus, dass der verborgene Imam den richtigen Revolutionsführer aussuche. Da die Mitglieder des Expertenrates

⁸ Feirahi, Nesame Siasi wa Dolat dar Eslam, Politisches System und Staat im Iran, Teheran 2003, S.275 (Persisch)



eine besondere Nähe zum verborgenen Imam haben, würden dessen Anweisungen ihnen durch Eingebungen übermittelt.

Der Revolutionsführer verleihe wiederum qua Amt dem politischen System Legitimität. Dieser bestimme über die drei Gewalten der Judikative, der Legislative und der Exekutive. Diese formal vorhandenen staatlichen Gewalten sind aber vom Revolutionsführer abhängig, sie sind also keine unabhängigen Organe. Der Revolutionsführer steht an der Spitze der drei Gewalten.⁹ Ayatollah Mesbahe Yasdi ist der festen Überzeugung, dass er von Gott geleitet werde. Laut Verfassung übt der Revolutionsführer eine "absolute" Macht in Form der Velayate Faqih aus. Politische Legitimation bekommt das politische System nicht durch Rechtsstaatlichkeit einer modernen Demokratie, sondern kraft einer religiös verbrämten Ideologie.

Dabei gehören zur Volkssouveränität auch ein demokratisches Parteiensystem und eine freie und aktive Zivilgesellschaft. In den 80er Jahren war der Iran ein Ein-Parteiensystem. Die Islamisch-Republikanische Partei (IRP) war eine Art Dachorganisation einiger islamistischer Gruppierungen. Sie war am 17.2. 1979 gegründet worden. Das Organ dieser Zeitung die Jomhuriye Eslami, wird heute noch veröffentlicht. Aber Khomeini verbot noch vor seinem Tode am 3.6.1988 die Partei, da er der Meinung war, dass der innerislamistische Streit nur dem Feind nütze.

Das Majless und das Amt des Präsidenten sind nur oberflächlich betrachtete wählbare Institutionen. Denn die Bevölkerung wählt nicht ihre Kandidaten, sondern die Kandidaten der Diktatur. Am 16. November 2011 sagte Ali Khamenei, dass möglicherweise das Amt des Präsidenten in Zukunft abgeschafft werde. Die Rivalitäten zwischen dem islamistischen Pseudo-Parlament und dem Präsidenten könnten zur Delegitimierung des politischen Systems führen. Außerdem sollen Wahlen dem Revolutionsführer zufolge das politische System nicht destabilisieren. Kurzerhand gab der Führer der wissenschaftlichen Abteilung des Majless die Aufgabe auszuarbeiten wie eine solche Prozedur aussehen könnte. Zuvor hatte sich der Majlesssprecher, Ali Larijani dafür stark gemacht wieder wie in den achtziger Jahren das Amt eines Ministerpräsidenten einzuführen, der direkt vom Majless gewählt wird. Ein solches Verfahren würde die Legitimation des Herrschaftssystems steigern.

Zwar betonte Ayatollah Khomeini immer wieder, dass er keine westliche Demokratie befürworte, aber die wenigen iranischen Demokraten, die sich an der Revolution gegen die Schahdiktatur beteiligt hatten, sahen nicht die Dimension des neuen politischen Problems, als Khomeini am 5. November 1978 selber hervorhob, dass die islamische Demokratie „vollständiger“ sei als die westliche.¹⁰ Nicht nur die ideologische Propaganda, die die Wirklichkeit der iranischen Gesellschaft verdreht,

⁹ Tabnak, 8.12.2010

¹⁰ Taliye Enqelabe Eslami, (Die Vorposten der Islamischen Revolution) Interviews von Khomeini in Najaf, Paris und Qom, Tehran 1983, S.261